

# AL Info<sup>4</sup> / 23

- 3 Im Interview erzählt AL-Nationalratskandidatin Olivia Romanelli, was sie neben Imkern und Politik im Leben umtreibt.
- 6 Winti brännt: Vorstandsmitglied und Nationalratskandidat Roman Hugentobler warnt vor Gentrifizierung in Winterthur.
- 8 Spitzenkandidatin Anne-Claude Hensch berichtet über Chancen und Risiken der Digitalisierung. Ein weiterer Grund, sie nach Bundesbern zu schicken!

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## Unbedingt: Liste 8!

**Diese Woche sind die Wahlunterlagen eingetroffen und die wahlberechtigten Zürcher:innen haben die Wahl zwischen 44 Listen und 1341 Kandidierenden. Den Überblick über alle KMU-, Frauen- und anderen Listen zu behalten, ist schwierig. Für die AL ist die Parole einfach: Wählt Liste 8!**

Wir gehen mit 36 Kandidierenden ins Rennen, die sich in Bundesbern für eine sozial gerechtere Schweiz einsetzen wollen. Sie kämpfen dafür, dass wir die Miete für unseren Wohnraum und nicht für Profite von Immo-Haien zahlen. Dafür, dass unsere Lohnarbeit nach ihrem Wert für die Gesellschaft entlohnt wird. Sie packen die Herausforderungen im Gesundheitswesen an der Wurzel, statt nur die Probleme zu verwalten. Und selbstver-

ständig stehen sie dafür ein, dass die Grundrechte für alle Menschen in der Schweiz gelten, gerade auch in neuen Bereichen wie der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz.

### Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Grundrechte

Die AL-Kampagne greift vier Themen auf, die aktuell sehr viele Menschen im Kanton und landesweit beschäftigen. Und sie knüpft dabei an erfolgreiche Vorstösse und Kampagnen der AL an: zur Energiekostenzulage (Wohnen), zur individuellen Prämienverbilligung (Gesundheit), zur 35-h-Woche in der Stadt Zürich (Arbeit) oder zur menschenwürdigen Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten

Asylsuchenden (Grundrechte).

### Bundesbern aufmischen

Ein eindrücklicher Leistungsausweis, der zeigt, dass die AL auch auf die nationale Politbühne gehört. Eines versprechen wir: Wir werden Bundesbern genauso aufmischen, wie wir das mit dem Gemeinde- und Kantonsrat, dem Stadtparlament Winterthur und ab und zu auch mit Gemeindeversammlungen machen. Und falls es nicht reichen sollte: Eine Stimme für die AL ist nie verloren – dank der grossen Listenverbindung kommt sie auf jeden Fall dem links-grünen Bündnis zu Gute! Darum am 22. Oktober: unbedingt Liste 8 einwerfen!

**AL-Wahlausschuss**



AL in den  
Nationalrat

22. Oktober 2023

Liste 8

wahlen.al-zh.ch

AL  
Alternative Liste

Das Plakat für die Nationalratswahlen-Kampagne. Findest Du die sieben «Easter Eggs»?

## Parolen

Wahlen vom **22. Oktober 2023:**

### BUND

Nationalratswahlen

**AL – Alternative Liste, Liste 8!**

Ständeratswahlen

**Daniel Leupi**

**Die AL will nach Bern!** Unterstütze unseren Wahlkampf mit einer Spende. Wir wissen jeden Beitrag sehr zu schätzen!



## Termine

**Freitag, 29. September:** Avivo Wahlpodium. 14 Uhr, Genossenschaft Kalkbreite. Mit Nationalratskandidaten David Garcia Nuñez und Mischa Schiwow

**Samstag, 30. September:** AL-Wahlkampfparty. Sogar Theater, ab 16 Uhr. Politik, Musik, Comedy und Spoken Word.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

**Sekretariat** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich  
sekretariat@al-zh.ch  
Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich

**Auflage/Druck** 2000 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

**Layout** Dafina Gash, Zoe Lehmann,

**Redaktion** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr, Christina Schiller

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

# So nöd, Frau Rickli!

Bereits Anfang Jahr hat die AL das Chaos bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) scharf kritisiert und Abhilfe gefordert: Budgetierte Verbilligungsgelder kommen nicht bei den Betroffenen an, Zehntausende müssen erhaltene Verbilligungen zurückzahlen.

Anfang September hat der Regierungsrat das Budget 2024 und den Finanzplan (KEF) 2024-2027 veröffentlicht. Und was lesen wir da bei der individuellen Prämienverbilligung? Das von der AL mit einer Initiative erkämpfte sozialpolitische Ziel, dass rund 30% der Zürcher Bevölkerung IPV erhalten, soll ab kommendem Jahr sukzessive abgebaut werden. Erst auf 26%, dann auf 25%, ab 2027 schliesslich auf 24%. Und das gegen die politische Willenserklärung sämtlicher Parteien. 2019 wurde das Einführungsgesetz zum KVG (EG KVG) im Kantonsrat ausführlich beraten. In seinem Eintretensvotum erklärte Claudio Schmid (SVP), damaliger Präsident der vorberatenden Kommission:

«Nach intensiven Beratungen hat sich die Kommission einstimmig dafür ausgesprochen, das neue System mit Eigenanteil mit dem bisherigen sozialpolitischen Ziel, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung eine Prämienverbilligung erhalten, zu verbinden.»

Heute will die Regierung dieses sozialpolitische Ziel fallen lassen, ohne offiziell darüber zu informieren. Sie

macht es feige durch die Hintertür, über den Finanzplan KEF. Damit missachtet sie den Kantonsrat. Vor vier Jahren wies der Kommissionspräsident ebenfalls darauf hin, dass die stetig steigenden Krankenkassenprämien auch für den Mittelstand eine immer grössere Belastung darstellen.

Was damals gesagt wurde, stimmt noch heute. Die IPV kann schon lange nicht mehr mit der Prämienhöhung Schritt halten. Hinzu kommt, dass seit dem Systemwechsel der Eigenanteil jährlich neu festgelegt wird. Und dies nicht nur einmal, sondern bis zu dreimal pro Jahr. Damit resultiert ein pures Chaos für Bezüger:innen. Für sie geht jegliche Planungssicherheit flöten. Weil die Regierung keinerlei Bereitschaft zeigt, hier Gegensteuer zu geben, fordert die AL:

- Festhalten am Leistungsziel von 30% der Versicherten
  - Ein klar definierter Zielwert für den Eigenanteil, um den Betroffenen ein Minimum an Planungssicherheit zu gewähren
  - Korrektur der Bestimmung, wonach für den definitiven IPV-Anspruch die Steuerdaten des Bezugsjahrs massgebend sind, was zu jahrelanger Ungewissheit führt.
- Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin**

## Zeitgemässer Wahlkampf

Aus ökologischer Sicht sind Wahlkampagnen unsinnig. Produktion und Versand von Hunderttausenden von Flyern, die im schlechten Fall direkt, im besseren Fall nach kurzer Durchsicht im Müll landen, sind wenig nachhaltig. Im Sinne eines suffizienten Wahlkampfes mit möglichst kleinem ökologischen Fussabdruck gehen wir neue Wege und verzichten erstmals auf den Versand von Wahl-flyern. Wer wagt, gewinnt.

Unseren Fokus legen wir stattdessen auf eine starke Social-Media-Kampagne und ebenso informative wie unterhaltsame Veranstaltungen. So zeichnen AL-Wählende in knackigen Testimonials

unter dem Slogan “Was wäre, wenn” eine Welt, in der die AL dank ihrer Vertretung in Bundesbern verschiedene Lebensbereiche umgestaltet.

So aufreibend Wahlkampagnen sein mögen, sie bieten stets eine gute Gelegenheit, die Parteibasis an Wahlveranstaltungen zusammenzubringen. Deshalb veranstalten wir am 30. September die grosse AL-Wahlkampfparty mit tollem Programm für Gross und Klein.

Der AL-Wahlausschuss freut sich über rege Teilnahme an unserer lebendigen und zeitgemässen Nationalratskampagne.

**AL-Wahlausschuss**

# Olivia und die Dunklen Bienen

**Olivia, du bildest zusammen mit Anne-Claude Hensch, David Garcia Nuñez, Sarah Casutt und Sophie Blaser die «Top-5» der AL-Nationalratsliste. Du bist Heilpädagogin, national vernetzte Stadtinikerin, Casafair Zürich-Delegierte und warst Gemeinderätin.**

## Warum sollte die AL endlich auch im Bundesparlament vertreten sein?

Wir sind bekannt dafür, Haltung und Gerechtigkeit über strategische Interessen zu stellen. Mit Rot-Grün teilen wir einige Anliegen, und das ganz ohne Bundesratsambitionen. Wir werden bessere Lösungen finden.

## Du wirkst immer sehr optimistisch. Wie machst du den Pessimist:innen unter uns Mut?

Die Medien vermitteln den Eindruck eines unversöhnlichen Kampfes zwischen Links und Rechts. Eine provokante Aussage jagt die andere. Ich habe oft mit Leuten zu tun, die politisch auf der anderen Seite stehen, die Probleme anders wahrnehmen und deuten, und andere Lösungen hartnäckig verfolgen. Lassen sich beide Seiten auf ein Gespräch ein, finden sich gemeinsame Wege.

## Warum ist der Kampf für die Dunkle Biene so wichtig?

Die Situation der Dunklen Biene steht exemplarisch für den Verlust der Biodiversität. Die Zusammenhänge im Ökosystem sind komplex. Jede Intervention hat Folgen, jede Folge Konsequenzen. Honigbienen sind Sympathieträger, darum sehen wir überall fälschlicherweise Honigbienen, wenn es um das «Bienensterben» geht. Doch Honigbiene ist nicht gleich Honigbiene, und erst recht etwas anderes als eine Wildbiene. Zum Thema empfehle ich den SRF DOK-Film «Das Bienendilemma».

## Dein Engagement für die Dunkle Biene hat dir auch Erfahrungen mit der Bundesbürokratie beschert.

Die aktuelle Revision der Tierzuchtverordnung ist für die Erhaltung der Dunklen Biene zentral, denn die Erhaltungszucht wird von umfangreicher Freiwilligenarbeit getragen. Doch es braucht eine geregelte Finanzierung, um die wissenschaftlichen Werkzeuge und das Monitoring längerfristig zu sichern. Im Rahmen der Vernehmlassung haben wir viele Unterstützer:innen gefunden, doch das Bundesamt für Landwirtschaft zeigt sich davon unbeeindruckt, obschon dies ein einfacher Schritt Richtung Artenschutz wäre.



AL-Nationalratskandidatin Olivia Romanelli

## Du bist in der Bildung tätig. Sind die Bildungsinstitutionen auf gutem Weg?

Auf Volksschulebene ist die bildungspolitische Entwicklung auf dem Holzweg. Dass man den Notenschnitt anheben kann, indem man einfach den Kanton wechselt, sagt viel. Die bürgerliche Mehrheit im Kanton Zürich konnte sich letztlich durchsetzen und beharrt weiterhin auf alten Hüten wie dem Zahlenzeugnis. Das, obwohl belegt ist, dass Noten der Chancengleichheit entgegenwirken, subjektiv sind und sich oft nicht mal schulhausintern vergleichen lassen. Sie demotivieren und sagen gar nichts über die erworbenen Kompetenzen eines Kindes aus.

## Wohnen in Zürich: Wo siehst du Möglichkeiten – z.B. über den Verband Casafair, in dem du dich engagierst -, die Verdrängung von Mieter:innen aus ihren Quartieren zu stoppen?

Vor einer Abrissbewilligung muss geprüft werden, ob eine Sanierung und Verdichtung im Bestand möglich ist. Die Stadt hat Klimaziele zu erreichen. Auch die Pflicht, Autoabstellplätze zu generieren, muss überdacht werden. Parkplätze in Tiefgaragen verteuern die Baukosten enorm und werden über die Mieten amortisiert. Will man grössere Siedlungen abreißen, braucht es eine Etappierung der Bauphasen und eine transparente Berechnung der neuen Mieten. Und über Jahrzehnte gewachsene soziale Strukturen müssen angemessen berücksichtigt werden. Mieter:innen, ermuntert eure Hauseigentümer, dem Verband Casafair beizutreten: Der berät menschen- und klimafreundlich!

## Beende die AL-Slogan-Frage «Was wäre, wenn ...?»!

... statt Polemik wieder Sachpolitik im Vordergrund stünde?!

**Interview: Andrea Leitner, AL-Redaktionsmitglied**

# AL-Musiktipps:



## Jelica Popovic empfiehlt: Sterneis feat. Danase, ZentnaBeatz, E.K.R., ZH, Tony Bonzi & LXcellent: Läbeslang. Sterneismusig, 2020.

Sterneis ist **der** Untergrund Hiphop-Produzent der Schweiz. In dieser künstlerischen Praxis gilt er in Zürich als Urgestein, Pionier, Gott. Entsprechend lang ist die Liste seiner Produktionen. Nachdem er die hiesige Untergrund-Szene während fast 30 Jahren vor allem als Produzent geprägt hatte, erschien 2020 sein erstes online Solo Rap-Album «Läbeslang». Das Album «isch kein Vortrag, sondern en lyrische Totschlag», was er im Eingangstrack «Wolf im Schafspelz» den Hörer:innen auf den Weg gibt und damit Wort hält. Sterneis rappt durchgehend sprachlich versiert, bissig und klug. Er lässt weder Leichtigkeit noch Witz vermissen und überzeugt mit seinem ganz eigenen Slang. Insbesondere der Titeltrack ist eine Art Hommage an das eigene Wirken und Schaffen «Läbeslang»; eine Metapher für die Hingabe und wie sehr Stöörn der «culture» verpflichtet ist. Die raptypische Sprechhandlung Boasting dominiert das Album. Abgesehen vom Titeltrack, den ZentnaBeatz unterschreibt, produziert Sterneis oder Stöörn alle Tracks selbst. Musikalisch sind die Tracks mal düster, melancholisch und sperrig, mal melodiös, eingehend und treibend. Schweizer Rap in Höchstform auf dem Feature mit der Schweizer Rap-Legende, dem Hiphop-Künstler E.K.R.: «Wänn d Fluet chunnt/ mir bauet Noahs Arche naa» auf dem Track «Satz vom Pythagoras». Darin heisst es beschwörend: «Mir händ da was fürd Zuekunft Rap-Neandertaler/ wüssed, dass es guet chunnt/ die letschte Mohikaner.»



Als Lehrperson und Gewerkschafterin engagiere ich mich für weniger sexistische und rassistische Strukturen in der Bildung. Die Schule muss die Strukturen, die sie reproduziert, kritischer hinterfragen und diskriminierende Elemente angehen.

**Sophie Blaser, 1991, Zürich**



Ich bin Arzt und seit 2017 für die AL im Zürcher Gemeinderat. Nach Bundesbern möchte ich, weil die Musik der Gesundheitspolitik hier spielt. Wir brauchen dringend eine Einheitskrankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien! Zudem eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche für alle. Vor allem im Gesundheitsbereich muss die Selbstausbeutung ein Ende haben!

**David Garcia Nuñez, 1975, Zürich**



Ich kämpfe gegen Grosskonzerne und gegen eine Wirtschaft, die auf Profit und Spekulation beruht. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Wohnraum muss es für alle geben.

**Evelyn Funkhouser, 1980, Pfäffikon**



Was wäre, wenn Olivia in den Nationalrat gewählt würde? Ich kämpfe für eine inklusive Gesellschaft und wirksamen, sozial verträglichen Umweltschutz. Für Menschen, die sich politisch nicht einbringen dürfen oder können: Kinder, Jugendliche, Geflüchtete und Immigrierte, Menschen mit Beeinträchtigungen und Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Ich stehe ein für ökologische Diversität und für menschliche Vielfalt.

**Olivia Romanelli, 1974, Zürich**



Ich setze mich für den Erhalt und die Stärkung des Einzelwagen-Ladungsverkehrs auf der Schiene ein. So können unzählige Lastwagenfahrten auf der Strasse vermieden werden.

**Daniel Solinas, 1971, Zürich**



Fragen der Gleichstellung und Gerechtigkeit treiben mich an. Wir brauchen ein griffiges Anti-Diskriminierungsgesetz, das den Menschenrechten verpflichtet ist. Diskriminierungsfreien Zugang zu Schule und Job. Bezahlbaren Wohnraum und Niederlassungsfreiheit für alle. Eine menschenwürdige Asylpolitik, auch an den Aussengrenzen. Und eine superschnelle ökologische Transformation! Wir müssen alles zusammen tun.

**Rahel El-Maawi, 1977, Zürich**



Bei meiner Arbeit in der Psychiatrie treffe ich täglich auf verletzte Menschen und erlebe den Pflegenotstand hautnah. Hier braucht es dringend mehr Ressourcen und Unterstützung.

**Gianna Berger, 1999, Zürich**



Schon früh hat mich die Klimakrise politisiert. Meine Anfänge hatte ich bei Greenpeace. Mit den Vorbereitungen zum feministischen Streiktag 2019 habe ich Erfahrungen mit der Organisation am Arbeitsplatz und in sozialen Bewegungen gesammelt. Seit einem Jahr bin ich im Stadtparlament Winterthur. Ich setze mich kritisch mit polizeilicher Arbeit, Armutsbekämpfung, aber auch der Wohnungskrise auseinander.

**Sarah Casutt, 1994, Winterthur**



Als gelernter Forstwart weiss ich leider, dass die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung hier und jetzt bereits spürbar sind. Für mich ist klar: sozial gerechter Klimaschutz ist Pflicht!

**Björn Müller, 2002, Seuzach**



Mein Fokus für eine gerechtere Gesellschaft liegt auf Lohngleichheit und Steuergerechtigkeit. Wohnraum und Krankenversicherung sollen für alle bezahlbar sein.

**Myriam Käppeli, 1994, Schlieren**



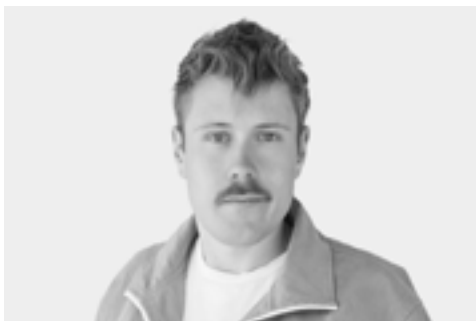
Ich habe drei Hauptziele: 1. Den Ausbau der sozialen Infrastruktur und gleiche Lebensbedingungen und Lebenschancen. 2. Die Respektierung der Grundrechte aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Pass und Geschlecht. Last but not least die Gleichstellung: Lohnungleichheit muss bekämpft, die Arbeitszeit markant reduziert werden, um bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter zu verteilen.

**Anne-Claude Hensch, 1966, Zürich**



Ich setze mich dafür ein, dass jene zu ihrem Recht kommen, deren Stimmen zu wenig Gehör finden, und dass jene in die Pflicht genommen werden, die auf ihren Privilegien sitzen bleiben.

**Viviane Marchand, 1989, Winterthur**



Ich studiere Geschichte und Kulturanalyse und politisiere seit einem Jahr für die AL im Gemeinderat. Die steigende Ungleichheit und die Repression des Staates gegen Kämpfe, die sich dagegen richten, sind für mich untragbar. Die Einhaltung der Grundrechte und Chancengleichheit sind zentrale Grundpfeiler meiner politischen Arbeit im Gemeinderat. Dafür würde ich mich gern auch im Nationalrat engagieren.

**Moritz Bögli, 1998, Zürich**



Meine politischen Schwerpunkte: Kostentmiete statt Marktmiete, maximal 10% des Einkommens für Krankenkassenprämien, Stärkung der AHV. Im Nationalrat braucht es dringend die Stimme der alternativen Linken!

**Florian Schweizer, 1982, Horgen**



Kinderrechte sind hochpolitisch. Wenn wir Erwachsene wollen, welche die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung anderer respektieren, müssen wir dafür sorgen, dass sie sich in ihrem Leben von Anfang an auf den Schutz dieser Rechte verlassen können. Unterdrückung und Gewalt an denen, die am verletzlichsten sind und sich nicht wehren können, gehen uns darum immer alle an. Dafür stehe ich ein.

**Ephraim Seidenberg, 1991, Zürich**



Durch öffentliche Angebote soll eine zwischen den Geschlechtern ausgeglichene Arbeitsverteilung von Care- und Erwerbsarbeit gefördert werden. Ich stelle mich resolut gegen nationale Sparprogramme in Bildung und Gesundheit.

**Simon Honegger, 2002, Zürich**



Leerkündigungen zur Renditesteigerung, Zweitwohnungen zwecks Profitmaximierung: Es reicht! Immer mehr Menschen sind betroffen. Für bezahlbare Wohnungen für alle, für offene und lebenswerte Quartiere engagiere ich mich täglich auf allen Ebenen: im Gemeinderat, in den Siedlungen, mit Petitionen und Initiativen und bei Mieter:innenaktionen in der ganzen Stadt. Auch in Bern müssen diese Stimmen Gehör finden.

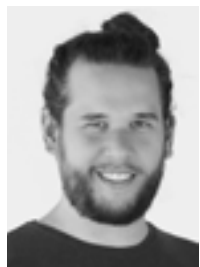
**Mischa Schiwow, 1961, Zürich**



Der Faschismus, genährt durch Desillusionierung und Vereinsamung, rückt immer weiter in die Mitte der Gesellschaft vor. Ich will linke Alternativen zum herrschenden System. Neue Utopien und Perspektiven für die Welt von morgen.

**Roman Hugentobler, 1989, Winterthur**

## Alles wird geräumt



**Winterthur steht am Anfang eines Prozesses, der in Zürich bereits fortgeschritten ist: Der Druck der Gentrifizierung und die damit einhergehenden Prozesse wie**

**Verdrängung und Umverteilung nach oben sind zunehmend spürbar. Eine wichtige Akteurin hierbei ist die Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG), auch Stefanini-Stiftung genannt. Diese übernahm Immobilien aus dem einstigen Besitz des verstorbenen Unternehmers und Kunstsammlers Bruno Stefanini, der zwischen 1950 und 1980 Hunderte Winterthurer Immobilien aufkaufte. Viele der Gebäude sind zwar in desolatem Zustand, aber genau deshalb für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich. Für rund eine Milliarde Franken will die Stefanini-Stiftung die wertvolle Baufläche in den nächsten zehn Jahren aufwerten und hat mit der Renovierung zahlreicher Immobilien begonnen. Die SKKG spielt eine wichtige Rolle in der Geschichte des Winterthurer Häuserkampfs: Sie besitzt unzählige selbstverwaltete Liegenschaften, ebenso sind alle sieben besetzten Häuser der Stadt in ihrem Besitz. Anfang Juli liess die SKKG verlauten, die drei grössten Besetzungen, darunter die seit 26 Jahren besetzte Gisi31, Ende 2024 zu räumen. Dieses Szenario hatte sich abgezeichnet, denn seit geraumer Zeit ringen Liegenschaftsbewohnende gemeinsam mit Besetzer:innen und der Winterthurer Häuservernetzung um eine Lösung mit der SKKG. Die Diskussion ist vom Tisch, der Entscheid in seiner Endgültigkeit für viele ein Schock. Doch es regt sich bereits Widerstand. So prangerte die Häuservernetzung in einer Aktion die horrenden Mieten der renovierten SKKG-Immobilien an. Die Politik zeigt sich davon wenig beeindruckt. In derselben Woche, in der die SKKG die Räumungen ankündigte, verpasste der Stadtrat die Chance, Teile des «Rieter»-Industrieareals zu kaufen. Dessen Entwicklung überlässt er lieber der Allreal-Gruppe. Die SKKG präsentiert derweil stolz die Pläne für ihren neuen Hauptsitz. Der Name des Siegerprojekts: Winti brännt!**

Roman Hugentobler, AL-Vorstand

# Energiezulage - dank AL!

**Bereits im April 2022 forderte die AL-Fraktion mit einem Postulat eine Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte, um die massiven Mehrkosten bei den Heizkostenabrechnungen aufzufangen.**

Nach Verabschiedung der Vorlage durch den Gemeinderat im Mai 2023 macht der Stadtrat mit der Umsetzung jetzt zügig vorwärts. Mit grosser Genugtuung haben wir von seinem Entscheid Kenntnis genommen, für 2023 die Energie-Teuerung zu 100 Prozent auszugleichen.

### Substanzielle Entlastung für zahlreiche Haushalte

Dank dem vollen Teuerungsausgleich auf die gestiegenen Heizkosten können die Betroffenen für dieses Jahr mit substanziellen Entlastungen zwischen 500 und 1500 Franken rechnen.

### Äusserst knappe Antragsfrist

Bezugsberechtigt sind Personen, die für 2022 Prämienverbilligungen erhalten

haben. Bis Mitte September sollen mindestens 34'000 Stadtzürcher Haushalte vom Amt für Zusatzleistungen (AZL) ein Antragsformular bekommen. Das Zeitfenster für die Antragstellung ist allerdings äusserst eng: Bis zum 30. September muss das Formular in Papier- oder elektronischer Form retourniert werden. Bis Ende Jahr sollen die Zulagen dann ausbezahlt werden.

Aufgrund der negativen Erfahrungen der letzten zwei Jahre beim Rücklauf der Anträge für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) rechnet der Stadtrat damit, dass bloss drei Viertel der Angesprochenen effektiv einen Antrag einreichen. Das darf nicht sein! Die AL wird alles unternehmen, mit Flyern, Inseraten und Aufklärungsarbeit, damit möglichst viele Betroffene den entsprechenden Antrag auch einreichen.

**Tanja Maag und David Garcia Nuñez, AL-Fraktionspräsidium**

Haushaltstyp	Energiekostenzulage in CHF		
	Gasheizung	Ölheizung	Holzheizung
1-Personen-Haushalt	595	549	262
2-Personen-Haushalt	833	773	368
3-Personen-Haushalt	1 071	997	472
4-Personen-Haushalt	1 309	1 221	577
5-Personen-Haushalt	1 547	1 445	682

Die Höhe der Energiekostenzulage nach Haushalt und Heizungstyp



Unterschriftensammlung für die Wohnschutz-Initiative in Züri Nord (Foto: Christian Häberli)

# Starker Einsatz für Transparenz



**Demokratie braucht Transparenz. Nur wer gut informiert ist, kann sich eine Meinung bilden.**

In der Schweiz galt bis anfangs der 2000er-Jahre bei Behördendaten das Geheimhaltungsprinzip. Ab 2006

führten der Bund und später einzelne Kantone das Öffentlichkeitsprinzip ein, im Kanton Zürich geschah dies 2008.

Doch die konkrete Umsetzung lässt bis heute zu wünschen übrig. So stiess ich in meiner Tätigkeit als freie Journalistin sehr oft auf verschlossene kantonale Bürotüren. Konkrete Anfragen wurden nicht beantwortet, Verwaltungsangestellte waren tage- und wochenlang telefonisch nicht erreichbar, die heisse Kartoffel wurde von einer Stelle zur anderen gereicht, Anfragen wurden verschleppt oder es wurden absurd hohe Rechnungen für den Aufwand in Rechnung gestellt. Sehr oft blieb dann nur noch der Gang zum Verwaltungsgericht, wo ich mindes-

tens ein weiteres Jahr auf den Gerichtsentscheid wartete. Als politische Sekretärin einer Mediengewerkschaft war ich ebenfalls mit dem fehlenden Zugang zu Informationen konfrontiert, sei es, weil Mitglieder konkrete Beratung in Sachen Öffentlichkeitsprinzip verlangten, oder sei es in Form von konkreter Unterstützung bei der Durchsetzung des Rechts. Als langjährige Kantonsrätin mit ausgeprägter AL-DNA lag es darum auf der Hand, dass ich im Januar 2019 eine Motion zur Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips einreichte, mit der wir die Einrichtung der Stelle eines/einer Öffentlichkeitsbeauftragten verlangten.

Zwei Monate später lag die ablehnende Antwort des Regierungsrats vor. Das hiess für mich: lobbyieren, lobbyieren, um im Kantonsrat eine Mehrheit zu erreichen. Im Frühling 2022 wurde die Motion an den Regierungsrat überwiesen. Im Herbst 2022 war das neue Gesetz über die Information und den Datenschutz inklusive der neuen Funktion eines/einer Öffentlichkeitsbeauftragten in der Vernehmlassung. In diesem Herbst wird es in der zuständigen Kommission beraten.

**Judith Stofer, AL-Kantonsrätin**

# Meine erste Ratssitzung



**Es fällt mir schwer, aus meiner ersten Ratssitzung zu berichten. Denn zum einen sind die Abläufe neu und noch unbekannt, zum anderen irritiert der Umgang im Rat sowie die orchestrierte Dummheit und**

**Misogynie einzelner Fraktionen in Echtzeit dann doch.**

Ich habe versucht, mich darauf vorzubereiten, aber schon die ersten Sitzungen waren jenseits meiner kühnsten Vorstellungen.

Das Thema Schulwegsicherheit ist ein emotionales – erst recht nach dem tödlichen Unfall am Escher-Wyss-Platz im letzten Dezember. So sprachen sich Votant:innen der SVP vehement gegen ein Postulat von Grünen und GLP aus, das Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit fordert. Aus Sicht der SVP waren die Schuldigen bzw. die Schuldigen des Unfalls denn auch schnell ausgemacht: die Mutter. Sie sei verantwortlich, das Kind zu begleiten und für dessen

Sicherheit auf dem Schulweg zu sorgen.

Mit solchen Voten wurde weder der komplexen Verkehrssituation noch unserer gesellschaftlichen Verantwortung, sichere Schulwege zu garantieren, Rechnung getragen. Stattdessen wird einmal mehr jene Rolle, die in unserer Gesellschaft den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit stemmt, zur Verantwortung gezogen. Dies wiederum hat mich so geärgert, dass ich mich zu meiner ersten spontanen Wortmeldung hinreissen liess. Dass sich Kinder in Zürich selbständig und sicher bewegen können, liegt in unserer Verantwortung als Gesellschaft. Den Eltern bzw. namentlich der Mutter die Schuld dafür zu geben, ist absolut unangebracht, was Fraktionskollegin Tanja Maag ebenfalls in einer persönlichen Erklärung verdeutlichte.

Es bestärkt mich, Menschen in der Fraktion zu wissen, die solch misogynen Haltungen direkt und dezidiert entgegenreten. Sowohl im als auch ausserhalb des Rates. Denn hinzustehen, die Sache beim Namen zu nennen und füreinander einzustehen, ist in allen Lebensbereichen wichtig.

**Sophie Blaser, AL-Gemeinderätin**

# Unbequem & links

**10. Juli:** Nach Pleite von Hausarztketten warnt AL-Kantonsrätin Nicole Wyss vor Gefährdung der Grundversorgung durch unlauteres Wirtschaften und erkundigt sich bei Regierung nach Gegenmassnahmen.

**10. Juli:** Mit Postulat fordern AL, Grüne, GLP und SP Pilotprojekt, um stationäre psychiatrische Versorgung psychisch kranker Menschen im Strafvollzug zu verbessern.

**18. August:** AL, Grüne, SP und Zürcher MV lancieren Wohnschutz-Initiative. Gemeinden sollen mehr Kompetenzen erhalten, um bezahlbaren Wohnraum zu schützen und Leerkündigungen zu stoppen.

**19. August:** Immo-Hai-Bsüechli bei AXA im Zollfreilager. AL kritisiert 1 Mio Franken leistungslosen Mehrprofit und unterstützt kämpferische Mieter:innen.

**23. August:** Erste Ratssitzung von AL-Gemeinderätin Sophie Blaser.

**23. August:** Mehr Transparenz in einer planerischen Dunkelkammer. Der Gemeinderat überweist einstimmig ein Postulat von Mischa Schiwow (AL) zum Baukollegium.

**23. August:** Gemeinderat überweist AL-Postulat für vermehrte Berücksichtigung unabhängiger Gastronom:innen bei der Vergabe städtischer Restaurants.

**28. August:** Kantonsratsfraktion beteiligt sich an Behörden-Referendum gegen Pistenverlängerung des Flughafens

**28. August:** Unterstützung für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder: Kantonsrätin Judith Stofer erkundigt sich nach Nachsorge-Angebot für Betroffene zur Vermeidung des "Drehtür-Effekts".

**30. August:** Solidarisch gegen Abriss und Verdrängung. AL unterstützt Mieter:innen der IG "Nicht im Heuried" bei Einreichung ihrer Petition.

**30. August:** AL verlangt per Motion, dass künftig die gesamten Verwaltungsratshonorare, Sitzungsgelder und Pauschalspesen von Stadtratmitgliedern in der Stadtkasse landen.

**31. August:** Vernehmlassung zur Teilrevision Polizeigesetz: AL fordert konkrete Kontrollmechanismen und gesetzliche Schranken zum Schutz sensibler Personendaten.

# Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

## Genug von der Wohnungskrise



**Ich habe genug von exorbitanten Mieten, jährlich steigenden Wohnkosten und schwindenden Freiräumen. Vom Verlust bezahlbarer Kultur- und Gewerberäume.**

**Von Verdrängung, die immer mehr Menschen zwingt, ihr Zuhause und ihr soziales Umfeld zu verlassen. Ich habe genug von faulen Argumenten: Die Zuwanderung sei schuld. Der Wohnungsmarkt regle sich selbst, solange genug gebaut würde. Die Lösungsfindung sei den Immobilienfirmen zu überlassen. Deshalb habe ich mich der Organisation einer Grossdemonstration gegen die Wohnungskrise angeschlossen. Wir fordern: Wohnraum für alle! Weder Einkommen noch Vermögen sollen entscheiden, wer wo lebt. Wir wollen offene Städte, wo Menschen unabhängig von Aufenthaltsstatus, Portemonnaie, Haushaltsform und Alter eine bezahlbare Wohnung finden können. Wir fordern: Kein Profit mit Boden. Mit dem Verkauf von Boden werden riesige Gewinne eingefahren. Die Preise dieses knappen Guts steigen in schwindelerregende Höhen, die Mieten klettern hinterher. Damit muss Schluss sein, wenn wir lebenswerte Städte wollen. Wohnraum ist keine Ware! Er ist – genauso wie Strom, Wasser und Luft – unsere Existenzgrundlage. Schliesslich fordern wir eine selbstbestimmte Stadtentwicklung, denn die profitgetriebene Stadtentwicklung fördert Ungleichheit und die Zerstörung unseres Planeten. Wir wollen eine Stadt von und für die Bewohnenden. Über die Art und Weise, wie wir zusammenleben, wollen wir gemeinsam bestimmen! Diese Forderungen tragen wir am 4. November auf die Strasse. Denn wir hätten genug, um eine andere Art von Stadt zu leben! Städte der Vielen statt Städte der Reichen. Städte, die eine Zukunft jenseits der nächsten Jahresabrechnung, jenseits der nächsten Dividendenausschüttung kennen. Dafür demonstrieren wir solidarisch mit allen, deren Wohnraum bedroht ist oder die bereits verdrängt wurden. Es geht auch anders!**

Zoe Lehmann,  
Politische Sekretärin

# Grundrechte wahren

**Die Grundrechte sind ein zentrales politisches Thema der AL. Wir sind bekannt dafür, dass wir uns konsequent für die Wahrung der Grundrechte einsetzen – geht es um Polizeigewalt, minderjährige unbegleitete Geflüchtete (MNA) oder zunehmende Risiken durch die Digitalisierung. Ein weiteres Argument, warum es die AL auch in Bern braucht!**

### Wilder Westen

Die Künstliche Intelligenz (KI) ist momentan in aller Munde und wird als Heilsbringerin für so manches hochgejubelt. Wie bei allen neuen Technologien hinkt das Recht dem aktuellen technischen Entwicklungsstand hinterher, bzw. fehlen wichtige rechtliche Grundlagen. Wir finden uns quasi im Wilden Westen wieder. Immer mehr KI-basierte Anwendungen durchdringen unseren Alltag, unsere Arbeitswelt und die Verwaltung. Bei diesem Thema müssen wir uns alle fit machen, ob es uns passt oder nicht. Datenschutz, digitale Selbstbestimmung, Transparenz oder auch Urheberrechte drohen sonst auf der Strecke zu bleiben. Ein brisantes Beispiel ist die bundesrätliche Vorlage zum neuen Zollgesetz, das eine u.a. KI-generierte Massenüberwachung ermöglicht, ohne grundrechtskonform zu sein.

### Gefahrenpotenzial erkennen

Eng definiert ist KI ein System, das seine Umwelt analysiert und mit einer gewissen Autonomie agieren kann, um ein Ziel zu erreichen. So kann KI einer-

seits schnell Unmengen von Daten verarbeiten und analysieren. Andererseits können selbstlernende Programme Lösungen für Aufgaben erarbeiten, um diese effizient durchzuführen. Nur schon diese kurze Beschreibung genügt, um neben den Vorteilen die Risiken zu kennen: Persönliche Daten können missbraucht oder ohne ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Person verwendet werden. KI kann Vorurteile und Diskriminierungen verstärken, wenn die verwendeten Daten bereits diskriminierend sind. In der Regel kann nicht nachvollzogen werden, wie eine KI-generierte Entscheidung zustande gekommen ist. Wer trägt nun rechtlich die Verantwortung für Entscheidungen, wenn Personen dadurch geschädigt werden?

### Unsere Forderungen zur KI

- Eine Transparenzpflicht für die Daten, mit denen die Anwendungen trainiert werden, und die Filter, die verwendet werden, damit es nicht zu Diskriminierungen kommt und erkennbar ist, ob und welche Werthaltungen in der KI enthalten sind
- Eine Deklarationspflicht für alle KI-Anwendungen, damit wir wissen, ob und wie wir davon betroffen sind.
- Die Frage der Urheberrechte in kreativen Berufen muss rechtlich geklärt werden.
- Die Haftungsfrage für KI-generierte Entscheidungen muss rechtlich geregelt werden.

**Anne-Claude Hensch, AL-Kantonsrätin und Nationalratskandidatin**



Grundrechte für alle, ohne den Ausbau von KI-basierter Überwachung